

- 3 **Coronakrise** Stresstest für Betriebsräte
- 4 **Inflation** Arme Familien stärker belastet
- 5 **Klimaschutz** Spritsteuern senken ist der falsche Weg
- 6 **Arbeitswelt** Unfähig zum Feierabend

GESELLSCHAFT

Zusammenhalt in Gefahr

Der Ukrainekrieg und die steigende Inflation bereiten vielen Menschen große finanzielle Sorgen. Diejenigen, die schon unter der Pandemie gelitten haben, sind wieder am stärksten betroffen.

Die Unsicherheit in der Bevölkerung ist aktuell größer als zu jedem Zeitpunkt in der Coronakrise – jedenfalls wenn es um die eigene wirtschaftliche Situation geht. Das zeigt eine Auswertung der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung. Fast ein Viertel aller Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden empfindet die eigene finanzielle Lage als „äußerst stark“ oder „stark“ belastend und hat große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Unter Erwerbspersonen mit niedrigem Haushaltseinkommen unter 1300 Euro netto im Monat gilt dies sogar für mehr als die Hälfte, in der nächsthöheren Einkommensgruppe zwischen 1301 und 2000 Euro sind es fast 40 Prozent.

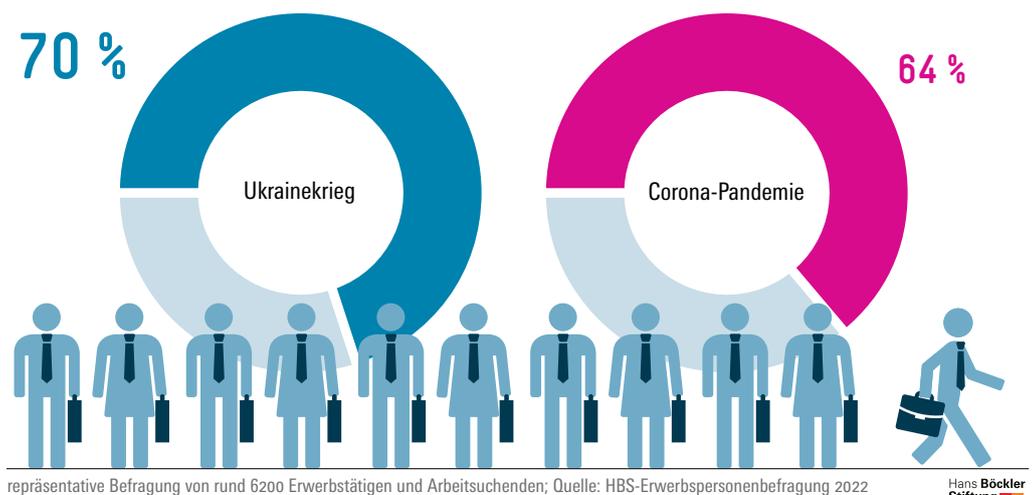
Die Sorge um die soziale Ungleichheit in Deutschland ist ebenfalls ausgeprägter als zu früheren Zeitpunkten in der Pandemie: Zwei Drittel der Befragten fürchten, dass die Gesellschaft so weit auseinanderdriftet, „dass sie Gefahr läuft, daran zu zerbrechen“. Drei Viertel glauben, dass die Einkommensverteilung infolge des Ukrainekriegs ungleicher wird. Zwar sind die sozio-emotionalen Belastungen, etwa mit Blick auf Familie oder die Arbeitssituation, zuletzt auf das niedrigste Niveau seit Pandemiebeginn gesunken, offenbar, weil Schul-, Kita- und Betriebsschließungen im Moment kein großes Thema sind. Unter dem Strich überwiegt aber die Unzufriedenheit: 70 Prozent der befragten Erwerbspersonen sind aktuell unzufrieden mit dem Krisenmanage-

ment der Bundesregierung in der Russland-Krise, 64 Prozent äußern sich unzufrieden mit Blick auf die Bewältigung der Pandemie.

„Insgesamt zeigt sich hier das Bild einer stark verunsicherten Gesellschaft, die mit wenig Zuversicht in die Zukunft blickt. Dass auf die Pandemie nun gleich die nächste schwere Krise durch den russischen Angriffskrieg folgt, zehrt an vielen Menschen, die zudem befürchten, dass ihre individuellen Reserven und die des Landes schwinden“,

Kritik am Krisenmanagement

Unzufrieden mit dem Handeln der Bundesregierung waren im April 2022 bezogen auf ...



sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI. „Die Ängste speisen sich nicht nur aus der sicherheitspolitischen Weltlage, sondern in sehr starkem Ausmaß aus materiellen Belastungen und Sorgen. Die sind in den unteren Einkommensgruppen deutlich stärker ausgeprägt.“ >>>

Die meisten Sorgen bereiten der erwerbstätigen Bevölkerung aktuell eine mögliche Ausweitung des Ukrainekriegs und steigende Preise. Insgesamt 52 bis 60 Prozent aller Befragten berichten von „äußersten“ oder „starken“ Belastungen durch den Anstieg der Lebensmittel-, Energie- und Kraftstoffpreise. Dies führt jedoch bislang nur teilweise zu Verhaltensänderungen. Beim Pendeln zur Arbeit sehen die WSI-Forscher keine großen Veränderungen gegenüber den Ergebnissen vom Herbst 2021: 75 Prozent der befragten Erwerbspersonen nutzen dazu das Auto. Allerdings denken jetzt 20 Prozent der Auto-Pendler darüber nach, auf ein anderes Verkehrsmittel umzusteigen. Außerdem hat sich die Mehrheit vorgenommen, den Energieverbrauch im Haushalt zumindest teilweise zu senken.

Viele Befragte befürchten, dass Preissteigerungen und eine sich allgemein verschlechternde wirtschaftliche Situation langfristige Folgen haben werden: Vier Fünftel haben „einige“ oder „große“ Sorgen um ihre Altersabsicherung, drei Viertel um ihren Lebensstandard. Auffällig ist außerdem, dass viele Befragte sich Gedanken um die hohen Staatsausgaben machen. Im Vergleich dazu weniger verbreitet sind Sorgen, die Arbeitsstelle zu verlieren, oder Ängste um die eigene berufliche Zukunft. „Aktuell treibt also weniger die Sorge um einen Jobverlust die Menschen um als vielmehr, dass sie durch die Inflation mit ihrem Geld nicht mehr über die Runden kommen“, sagt WSI-Experte Andreas Hövermann.

Vor allem Personen in Haushalten mit geringen Einkommen leiden unter den höheren Preisen. Je niedriger die Einkommen, desto größer sind die Sorgen und finanziellen Belastungen. Geringverdienende planen auch am häufigsten, den Energieverbrauch zu senken. „Die Daten zeigen, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungspakete dringend notwendig sind“, sagt Bettina Kohlrausch vom WSI. „Ob sie ausreichen werden, neben den erheblichen finanziellen Belastungen auch die weit verbreiteten Sorgen zu reduzieren, ist aber zweifelhaft. Zumal Rentnerinnen und Rentner, die von den Entlastungsmaßnahmen kaum etwas haben, durch unsere Befragung gar nicht erfasst sind.“ Es sei dringend notwendig, diejenigen, die schon unter der Corona-Pandemie gelitten hätten und nun wieder am stärksten betroffen seien, besonders zu unterstützen. Das sei nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der Stabilität der Gesellschaft. <



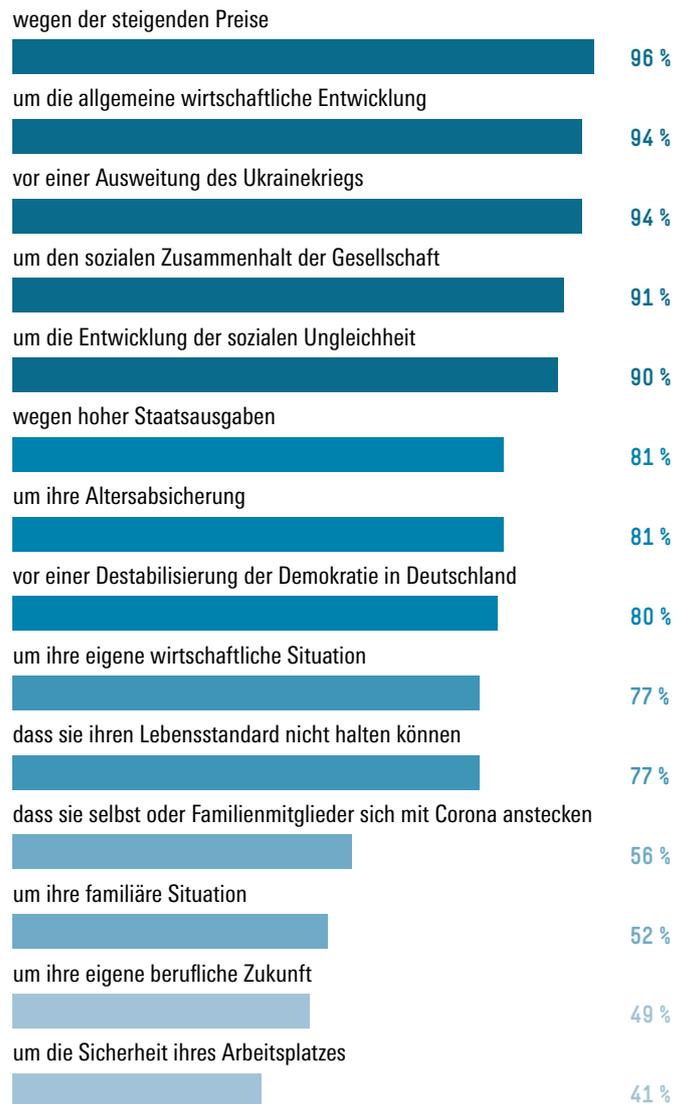
Die **Erwerbspersonenbefragung** der Hans-Böckler-Stiftung wird seit Frühjahr 2020 durchgeführt. Für die neueste Welle wurden Ende April 2022 rund 6200 Erwerbstätige und Arbeitsuchende online zu ihrer Lebenssituation befragt.

Dieselben Personen waren bereits im April, Juni und November 2020 sowie im Januar, Juli und Oktober 2021 und im Januar 2022 interviewt worden, allerdings teilweise nicht mit dem vollständigen Fragebogen.

Die Befragten bilden die Erwerbspersonen in Deutschland im Hinblick auf Geschlecht, Alter, Bildung und Bundesland repräsentativ ab.

Furcht vor Inflation und Krieg

Von allen befragten Erwerbspersonen machten sich im April 2022 große oder einige Sorgen ...

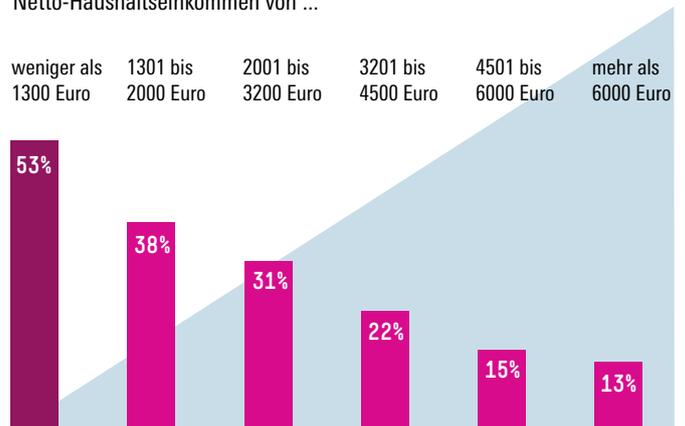


Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022

Hans Böckler Stiftung

Geringverdienende mit den größten Sorgen

Große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machten sich im April 2022 Erwerbspersonen mit einem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen von ...



Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022

Hans Böckler Stiftung

Stresstest für Betriebsräte

Gesundheitsschutz, Digitalisierung, Homeoffice: Die Corona-Pandemie hat viele Betriebsräte vor neue Herausforderungen gestellt und zusätzlich belastet.

In Krisen schlägt auch die Stunde der Mitbestimmung: Betriebsräte spielen eine wichtige Rolle, wenn es zum Beispiel um Beschäftigungssicherung, Kurzarbeit oder Sozialpläne geht. Forschungsergebnisse zeigen, dass in der Coronakrise die Einkommen, die Gesundheit von Beschäftigten und ihre Zukunftsaussichten besser geschützt sind, wenn Betriebe mitbestimmen und ein Tarifvertrag gilt. Wie die Pandemie sich auf die Arbeit von Betriebsrätinnen und Betriebsräten selbst ausgewirkt hat, haben die WSI-Forscher Martin Behrens und Wolfram Brehmer in einer neuen Studie untersucht. Dafür haben sie Daten der WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 2021 ausgewertet, die sich auf fast 3900 mitbestimmte Betriebe und Dienststellen mit wenigstens 20 Beschäftigten beziehen. Den Ergebnissen zufolge hat Corona die Agenda der meisten Interessenvertretungen maßgeblich geprägt und den Mitgliedern erhebliche Zusatzarbeit beschert. Der Kontakt zur Belegschaft wurde erschwert, das Verhältnis zum Management hat in der Regel nicht gelitten.

Bei den Schwerpunkten der Betriebsratsarbeit hätten sich Inhalte mit Pandemiebezug „deutlich in den Vordergrund gedrängt“, schreiben Behrens und Brehmer. An erster Stelle stand das Thema „Corona und die Folgen für den Betriebsablauf“, mit dem sich 88 Prozent der Betriebsräte und 93 Prozent der Personalräte beschäftigt haben. Danach folgen „Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung“, „Mobile Arbeit und Homeoffice“ sowie „Neue Techniken und Digitalisierung“. Letzteres ist auch das Thema, das im Vergleich zu 2018 den größten Bedeutungszuwachs verzeichnet hat. Weniger oft auf der Tagesordnung stand dagegen beispielsweise der Umgang mit Befristung oder Leiharbeit.

Verändert hat sich auch der Stresslevel in der Betriebs- und Personalratsarbeit: 56 Prozent der Befragten geben an, dass die Belastungen seit Beginn der Coronakrise gestiegen sind. Von gleichbleibenden Belastungen berichten 39 Prozent, nur 5 Prozent von einem Rückgang. Besonders hoch ist der Anteil der zusätzlichen Herausforderungen bei Großbetrieben und denjenigen, die von verstärkter Digitalisierung betroffen, von Insolvenz bedroht oder mit veränderten Vertriebs- und Lieferwegen konfrontiert waren.

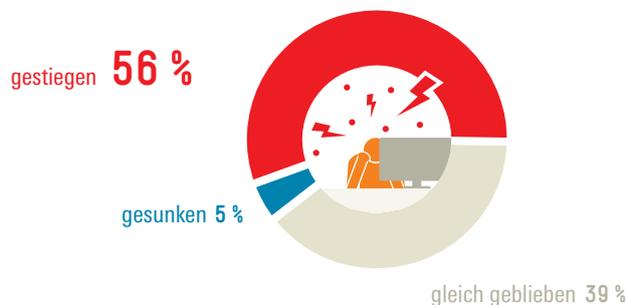
Auf die Arbeitsweise der Mitbestimmungsgremien hatte die Pandemie ebenfalls Auswirkungen: Präsenz blieb zwar mit 42 und 38 Prozent die häufigste Form, in der Betriebs- oder Personalratssitzungen abgehalten wurden. Gut ein Drittel fand allerdings als Videokonferenz statt, in hybrider Form 11 beziehungsweise 18 Prozent, als Telefonkonferenz 14 und 11 Prozent. Tendenziell noch geringer war der Anteil der Präsenz in Großbetrieben – vermutlich, weil Abstandsregeln sich besser in kleinen Gremien einhalten lassen – und in Branchen wie Information und Kommunikation oder Finanzen und Versicherungen, wo die Nutzung digitaler Kommunikationskanäle schon länger gängig ist. Im Schnitt fand

nur noch eine Betriebsversammlung pro Jahr statt – vor Corona waren es 2,9. Die Zahl der Personalversammlungen in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes hat sich von 1,7 auf 0,5 verringert.

Das Verhältnis zum Arbeitgeber ist laut der Auswertung weitgehend stabil geblieben: 74 Prozent der Betriebsräte und 70 Prozent der Personalräte bezeichnen es als unverändert, 15 und 18 Prozent nehmen eine Verbesserung wahr, jeweils etwa 12 Prozent eine Verschlechterung. Zu Belastungen für die Zusammenarbeit mit dem Management sei es unter anderem gekommen, wenn den Interessenvertretungen Mitbestimmung versagt wurde, so Behrens und Brehmer. Eine Verschlechterung des Verhältnisses haben dementsprechend 25 Prozent derjenigen zu Protokoll gegeben, die nicht an der Ausgestaltung des betrieblichen Infektionsschutzes beteiligt waren. Der Anteil war zudem dann erhöht, wenn mobile Arbeit oder Homeoffice nicht oder nur von einer Minderheit genutzt werden konnte.

Belastende Krise

Die Belastung von Betriebs- und Personalräten ist während der Coronakrise...



Quelle: Behrens, Brehmer 2022

Hans Böckler
Stiftung

Alles in allem, so das Fazit der WSI-Forscher, dürfte die Coronakrise die betriebliche Mitbestimmung dauerhaft verändern. Die angestoßenen Digitalisierungsprozesse etwa müssten langfristig begleitet werden. Und dass mobile Arbeit vielerorts alltäglich geworden ist, lasse sich nur schwer „rückabwickeln“. Betriebs- und Personalräte kämen daher nicht umhin, sich um Regeln für die Arbeit am heimischen Schreibtisch zu kümmern. Zudem brauche es neue Konzepte für den Kontakt mit Beschäftigten im Homeoffice. Um der Zusatzbelastung der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter Rechnung zu tragen und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken, böten sich der Ausbau von Freistellungen, ein erleichteter Zugang zu Beratung und externem Sachverstand sowie bessere personelle Unterstützung bei Bürotätigkeiten an. <

Quelle: Martin Behrens, Wolfram Brehmer: Betriebs- und Personalratsarbeit in Zeiten der Covid-Pandemie, WSI-Report Nr. 75, Mai 2022

Arme Familien stärker belastet

Familien mit geringen Einkommen tragen aktuell die höchste Inflationsbelastung, Singles mit hohem Einkommen die geringste.

Infolge des Ukrainekriegs und der weiterhin durch die Corona-Pandemie gestörten Lieferketten stiegen die Verbraucherpreise im April um 7,4 Prozent. Dabei sind die Unterschiede je nach Haushaltskonstellation und Einkommen erheblich, zeigt der IMK-Inflationsmonitor: Die Differenz zwischen ärmeren Familien und wohlhabenden Alleinlebenden betrug 1,8 Prozentpunkte. Das liegt daran, dass die aktuell wichtigsten Preistreiber – Haushaltsenergie, Kraftstoffe und Lebensmittel – unterschiedlich stark durchschlagen: Bei Familien mit zwei Kindern und niedrigem Einkommen machen diese drei Komponenten 5,8 Prozentpunkte der haushaltsspezifischen Inflationsrate von 8,0 Prozent aus. Bei Alleinstehenden mit hohem Einkommen sind es hingegen 3,1 Prozentpunkte von insgesamt 6,2 Prozent.

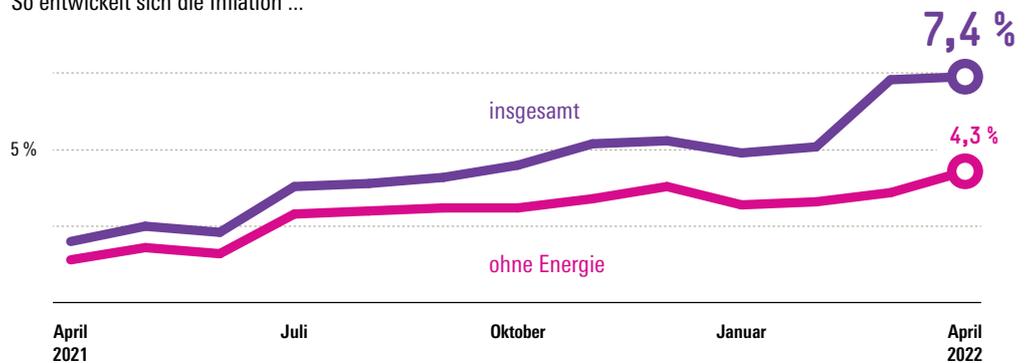
Die Entlastungspakete der Bundesregierung haben nach Analyse der Forschenden durchaus eine soziale Komponente, aber längst nicht in jeder Konstellation: Sie dürften zwar erst einmal den absehbaren Effekt der starken Teuerung für „Erwerbstätigen-Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen und insbesondere Familien substanziell“ lindern, schreiben Sebastian Dullien und Silke Tober vom IMK. Sie veranschlagen beispielsweise für eine typische vierköpfige Familie mit zwei Erwerbstätigen und niedrigem Haushaltseinkommen für das Gesamtjahr 2022 eine Entlastung um 1006 Euro, während diese Familie durch die Preisexplosion von Januar bis April insgesamt 398 Euro zusätzlich für Haushaltsenergie, Kraftstoffe und Lebensmittel ausgeben musste. Schwächer fällt die Entlastung bei Alleinerziehenden und Familien aus, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Eine gravierende Lücke zeigt sich insbesondere bei Rentnerinnen und Rentnern, gerade mit niedrigen Einkommen: Deren Belastung durch stark gestiegene Energie- und Nahrungsmittelpreise war bereits im Viermonatszeitraum von Januar bis April mehr als dreimal so hoch wie die für das Gesamtjahr vorgesehene Entlastung. „Hier muss nachgesteuert werden, um soziale Härten und eine weitere Spreizung der sozialen Schere zu verhindern“, mahnen Dullien und Tober. Je nach Verlauf der Pandemie und des Ukrainekrieges müssten Haushalte mit geringen Einkommen weiter unterstützt werden.

„Die haushaltsspezifischen Inflationsraten zeigen, dass Haushalte mit geringeren Einkommen durch den Preisan-

stieg bei Haushaltsenergie überproportional belastet sind und sich auch die Verteuerung der Nahrungsmittel stärker niederschlägt“, schreiben Dullien und Tober. Dieser Trend könnte sich nach Analyse des IMK in den kommenden Monaten weiter verschärfen, da bisher noch nicht alle Preissteigerungen von Haushaltsenergie im Großhandel an die Privathaushalte weitergegeben wurden. Erschwerend kommt hinzu, dass Gas, Strom, Heizöl und Nahrungsmittel als Wa-

Kräftiger Preissprung

So entwickelt sich die Inflation ...



Quelle: IMK 2022

Hans Böckler
Stiftung

ren des Grundbedarfs bei den Ausgaben ärmerer Haushalte sehr stark ins Gewicht fallen, während sie bei Haushalten mit hohem Einkommen und insbesondere bei wohlhabenden Alleinlebenden einen deutlich kleineren Anteil des Warenkorb ausmachen. Bei Familien mit Kindern und niedrigen bis mittleren Einkommen schlagen aktuell zudem die hohen Preise für Kraftstoffe relativ stark zu Buche.

Die haushaltsspezifische Inflationsrate bei Alleinlebenden mit geringen Einkommen ist nach der Analyse aktuell noch leicht unterdurchschnittlich, weil sie auf hohe Ausgaben für Fahrzeugkauf oder Reisen – beides ist ebenfalls deutlich teurer geworden – mangels finanzieller Möglichkeiten ohnehin verzichten müssen. Eine fortgesetzte Preissteigerung bei der Haushaltsenergie werde aber auch ärmere Alleinstehende empfindlich treffen. Hinzu kommt: Grundsätzlich haben Haushalte mit niedrigem Einkommen ein besonderes Problem mit starker Teuerung, weil sie vor allem unverzichtbare Alltagsgüter kaufen und kaum Spielräume besitzen, ihr Konsumniveau durch Rückgriff auf Erspartes aufrechtzuerhalten. <

Quelle: Sebastian Dullien, Silke Tober: IMK Inflationsmonitor – Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022, IMK Policy Brief Nr. 123, Mai 2022

Spritsteuern senken ist der falsche Weg

Der Staat sollte nicht die Preise für Benzin und Diesel drücken, sondern lieber den Gaspreis deckeln. Davon hätten Geringverdienende mehr.

Die Bundesregierung hat zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um angesichts stark steigender Energiepreise gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen zu entlasten. IMK-Forscherin Katja Rietzler hält die Beschlüsse mit Blick auf Haushalte von Erwerbstätigen für sozial und ökologisch weitgehend ausgewogen. In einem Punkt übt die Ökonomin jedoch Kritik: Der Plan, drei Monate lang die Steuern auf Benzin um 30 Cent pro Liter und auf Diesel um 14 Cent je Liter zu senken, setze in ökologischer Hinsicht falsche Anreize. Ausgerechnet im Verkehrssektor, dessen Treibhausgasemissionen seit 1990 im Gegensatz zu anderen Wirtschaftssektoren kaum zurückgegangen sind, würde der – vielfach unnötige – Energieverbrauch damit billiger statt teurer. Ebenso kritisch sei das Vorhaben unter sozialen Gesichtspunkten zu sehen: Damit würden keineswegs besonders einkommensschwache Haushalte entlastet, sondern fast alle etwa gleich. Ausnahmen seien das ärmste Zehntel – hier haben die meisten gar kein Auto – und das reichste Zehntel – bei diesen Haushalten fällt die Entlastung gemessen am Einkommen kaum ins Gewicht.

Die im Februar und März 2022 beschlossenen Entlastungspakete der Bundesregierung haben ein Gesamtvolumen von rund 30 Milliarden Euro und konzentrieren sich auf Erwerbstätige, während beispielsweise Rentnerinnen und Rentner nur wenig Unterstützung erhalten. Die vorübergehende Reduzierung der Steuern auf Benzin und Diesel machen ein gutes Zehntel des Gesamtbetrages aus: 3,15 Milliarden Euro. Darauf, dass diese Maßnahme in Sachen Klimaschutz eigentlich kontraproduktiv ist, weist die Regierung ausdrücklich hin – sie soll jedoch „unbillige Härten“ abfedern, also denen helfen, die nicht kurzfristig auf emissionsärmere Verkehrsmittel umsteigen können. Die langfristigen Klimaziele seien dadurch nicht gefährdet.

Rietzler wendet ein, derartige Maßnahmen könnten – wenngleich zeitlich befristet – dazu führen, dass Verbraucher die Klimaziele nicht mehr ernst nehmen und keinen Anlass für Verhaltensänderungen sehen. „Die geplante Maßnahme schafft keinerlei Anreiz zum Energiesparen, sondern führt im Gegenteil bei einem höheren Kraftstoffverbrauch auch zu einer höheren Entlastung, was der Lenkungswirkung der CO₂-Besteuerung entgegenwirkt“, so die IMK-Expertin. Grundsätzlich seien hohe Kraftstoffpreise „nicht das Problem, sondern vielmehr notwendig, um Anreize für Verhaltensänderungen zu schaffen“.

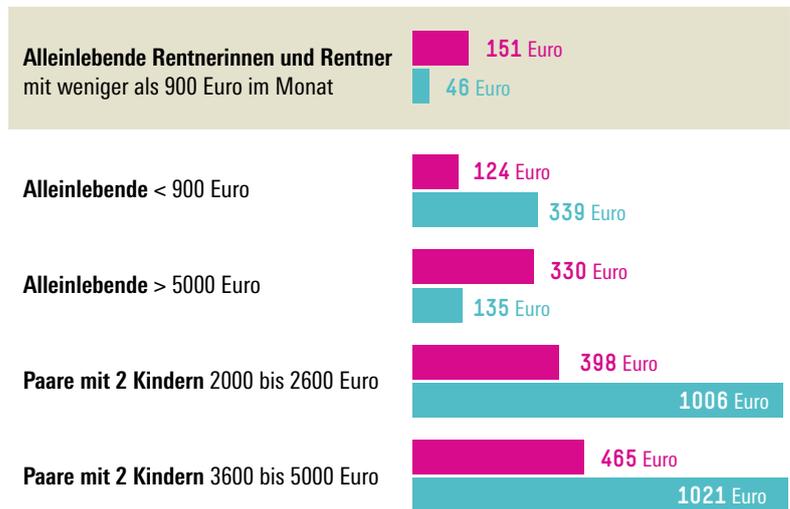
Wichtig ist der Wissenschaftlerin zufolge eine „stabile und vorhersehbare“ Entwicklung der Energiepreise, auf die sich Verbraucherinnen und Verbraucher einstellen kön-

nen. Eine vorübergehende Senkung der Kraftstoffpreise wäre dann vertretbar, wenn auch mögliche Preissenkungen in der Zukunft spiegelbildlich durch höhere Energiesteuern ausgeglichen würden. Das sei von der Regierung jedoch nicht vorgesehen.

Zudem weist Rietzler darauf hin, dass im Verkehrssektor noch reichlich Einsparmöglichkeiten bestehen. So würden bislang nur 15 Prozent aller Fahrten zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Dabei sei fast die Hälfte aller berufsbedingten Wege kürzer als zehn Kilometer. Viel schwerer falle es den meisten Haushalten, beim Heizen, vor allem mit Erdgas, zu sparen. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen in Gegenden mit angespannten Wohnungsmärkten sei es nicht ohne Weiteres möglich, in eine Wohnung mit besserer Dämmung und moderner Heizung umzuziehen. Deshalb solle die Regierung mit preispolitischen Instrumenten – die gegenüber Pauschalzahlungen an die Haushalte den Vorteil haben, die Inflation zu dämpfen – hier ansetzen. Den Gaspreis zu deckeln, wäre eine Maß-

Sozialausgleich für hohe Energiepreise

So hoch fiel die **Zusatzbelastung** im Schnitt von **Januar bis April** aus – und so hoch ist die **Entlastung** durch politische Maßnahmen **im gesamten Jahr 2022** für ...



Quelle: IMK 2022

Hans Böckler Stiftung

nahme mit stärkerer Verteilungswirkung. Denn in den unteren Einkommensklassen sei die Zusatzbelastung durch gestiegene Gaspreise besonders hoch. <

Quelle: Katja Rietzler: Vorübergehende Energiesteuersenkung klima- und verteilungspolitisch fragwürdig, Stellungnahme für eine Anhörung im Finanzausschuss des Bundestags, Mai 2022

Unfähig zum Feierabend

Rund ein Zehntel der Erwerbstätigen in Deutschland arbeitet suchthhaft. Betriebsräte helfen, Grenzen zu ziehen, und könnten Beschäftigte so vor Selbstausbeutung schützen.

Frühmorgens ins Büro und spätabends wieder raus, zu Hause noch einmal die Mails checken, einfach nicht loslassen können: Suchthhaftes Arbeiten ist kein Randphänomen, das nur eine kleine Gruppe von Führungskräften betrifft. Tatsächlich sind exzessives und zwanghaftes Arbeiten in allen Bevölkerungsschichten verbreitet. Gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung hat ein Forschungsteam vom Bundesinstitut für Berufsbildung und der Technischen Universität Braunschweig zu diesem Thema eine Auswertung auf Basis repräsentativer Daten für Deutschland durchgeführt. Einige der Ergebnisse von Beatrice van Berk, Christian Ebner und Daniela Rohrbach-Schmidt mögen auf den ersten Blick überraschen. Wer bei IT-Berufen etwa an Leute denkt, die bis spät in die Nacht beruflich bedingt vor dem Computer hocken und IT-Probleme lösen, sieht sich getäuscht: Tatsächlich ist der Berufsbereich Informatik, Naturwissenschaft, Geografie am wenigsten betroffen. Am häufigsten neigen Menschen in Land-, Forst-, Tierwirtschaft und Gartenbau zu suchthhaftem Arbeiten. In der ersten Gruppe sind es 6 Prozent, in der zweiten 19 Prozent.

Entzugserscheinungen in der Freizeit

Wann werden aus engagierten Erwerbstätigen solche, deren Leben von der Arbeit dominiert wird? Dieser Frage haben sich Wissenschaftler schon vor Jahrzehnten gewidmet. 1971 prägte der Psychologe Wayne Oates den Begriff *Workaholic*, um zu beschreiben, dass einige Menschen ein Verhältnis zu ihrer Arbeit haben wie Süchtige zum Alkohol. Heute arbeitet die Forschung mit verschiedenen Kriterienkatalogen. International verbreitet ist etwa die *Dutch Work Addiction Scale*, die auch van Berk, Ebner und Rohrbach-Schmidt als Befragungsinstrument in ihrer Erhebung genutzt haben. Suchthhafte Arbeit lässt sich demnach anhand von zwei Dimensionen diagnostizieren. Erstens muss die jeweilige Person exzessiv arbeiten, das heißt: lange arbeiten, schnell arbeiten und verschiedene Aufgaben parallel erledigen. Der zweite Faktor als Voraussetzung für suchthhaftes Arbeiten ist die „Getriebenheit“ der Erwerbstätigen: hart arbeiten, auch wenn es keinen Spaß macht, nur mit schlechtem Gewissen freinehmen, Unfähigkeit zur Entspannung am Feierabend, also „Entzugserscheinungen“ in der erwerbsarbeitsfreien Zeit.

Die Auswertung stützt sich auf eine Befragung von rund 8000 Erwerbstätigen in den Jahren 2017 und 2018. Zu jeder der beiden Dimensionen von Arbeitssucht wurden den Interviewten fünf Aussagen präsentiert, zu denen sie, mit mehreren Abstufungen, Zustimmung oder Ablehnung äußern konnten. Etwa „Ich bin stets beschäftigt und habe mehrere Eisen im Feuer“ oder „Ich spüre, dass mich etwas in mir dazu antreibt, hart zu arbeiten“.

Der Untersuchung zufolge arbeiten 9,8 Prozent der Erwerbstätigen suchthhaft. Weitere 33 Prozent arbeiten exzes-

siv – aber nicht zwanghaft. 54,9 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten dagegen „gelassen“. Und eine kleine Gruppe arbeitet zwar nicht viel, aber zwanghaft.

Mit rund 10 Prozent Arbeitssüchtigen erreicht Deutschland einen Wert, der nah an den Ergebnissen ähnlicher Studien aus anderen Ländern liegt. So kamen Forschende in den USA ebenfalls auf 10 Prozent und in Norwegen auf gut 8 Prozent. Aus dem Rahmen fällt Südkorea, wo eine Untersuchung einen Anteil von fast 40 Prozent ergab, allerdings mit einer etwas weiter gesteckten Definition von Arbeitssucht.

In einer weiteren Hinsicht fügen sich die Erkenntnisse von van Berk, Ebner und Rohrbach-Schmidt in den internationalen Forschungsstand: „Insgesamt deutet die Studienlage darauf hin, dass die Verbreitung von suchthhaftem Arbeiten unter den Erwerbstätigen – wenn überhaupt – nur schwache Unterschiede bezüglich soziodemografischer Merkmale aufweist.“ So ist es auch in Deutschland. Schulabschluss und Familienstatus zeigen keine Zusammenhänge mit der Neigung zu suchthhafter Arbeit. Einen kleinen, aber signifikanten Unterschied gibt es zwischen Frauen und Männern, die zu 10,8 beziehungsweise 9 Prozent betroffen sind. Deutlichere Unterschiede bestehen zwischen Altersgruppen: Bei den 15- bis 24-Jährigen beträgt die Quote 12,6 Prozent, bei den 55- bis 64-Jährigen nur 7,9 Prozent.

Selbstständige sind besonders gefährdet

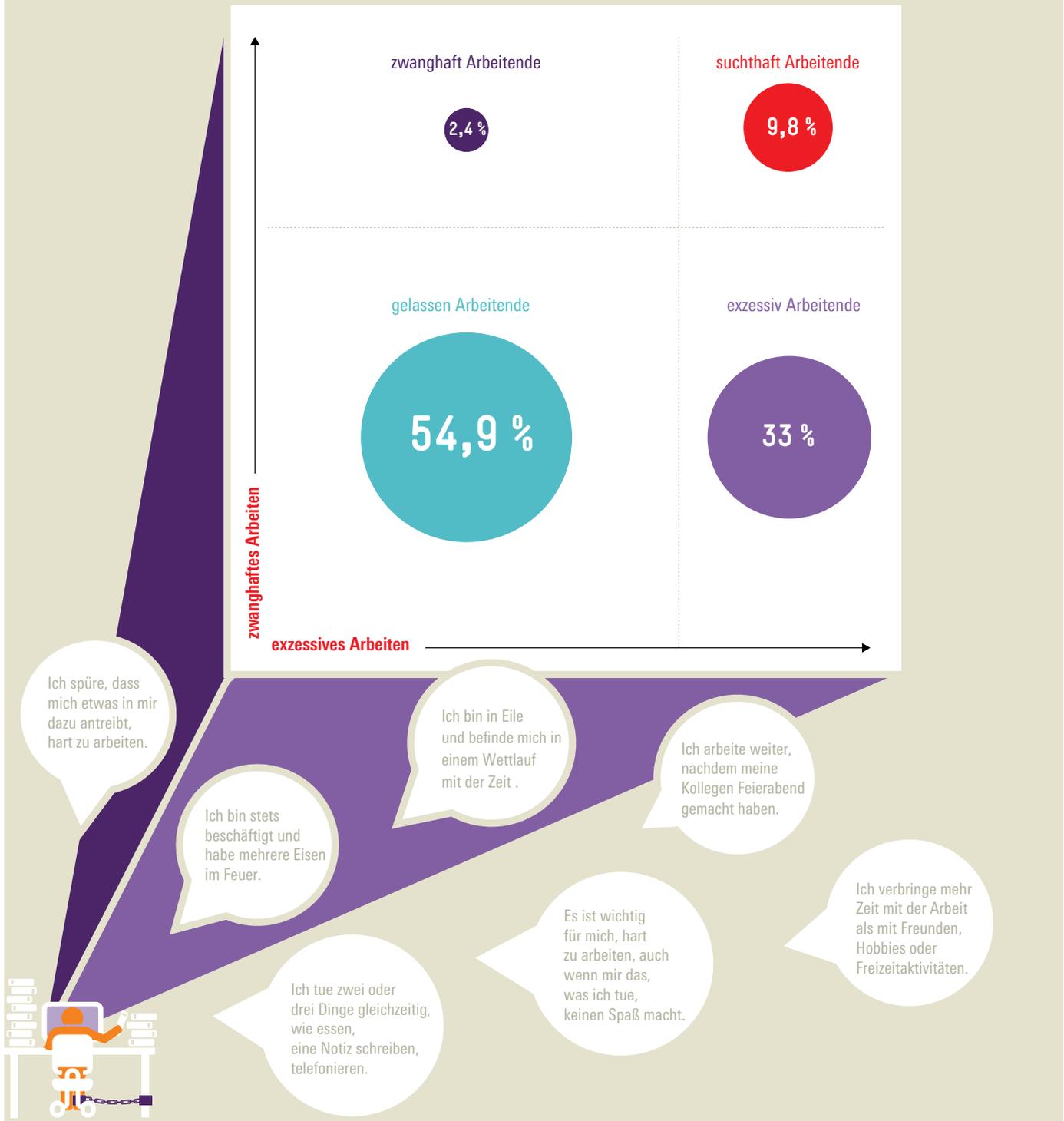
Wer eine lange vertragliche Wochenarbeitszeit hat, neigt leicht überdurchschnittlich zu suchthhaftem Arbeiten; ob der Vertrag befristet ist oder nicht, spielt dagegen keine Rolle. Auch das Anforderungsniveau erweist sich als neutral. Starke Unterschiede zeigen sich dagegen im Hinblick auf Selbstständigkeit und Führungsverantwortung. Unter Selbstständigen liegt die *Workaholic*-Quote bei 13,9 Prozent. Dies könnte auch einer der Gründe für den hohen Anteil in landwirtschaftlichen Berufen sein, denn in dieser Branche sind viele Erwerbstätige selbstständig.

Zwischen suchthhaftem Arbeiten und Führungsverantwortung besteht „ein statistisch höchst signifikanter Zusammenhang“. Führungskräfte sind zu 12,4 Prozent arbeitssüchtig, andere Erwerbstätige nur zu 8,7 Prozent. „Unter den Führungskräften ist suchthhaftes Arbeiten zudem umso stärker ausgeprägt, je höher die Führungsebene ist.“ Die obere Ebene kommt auf einen Anteil von 16,6 Prozent. In vielen Betriebskulturen werden an Führungskräfte wahrscheinlich Anforderungen gestellt, die „Anreize für arbeitssüchtiges Verhalten“ setzen, vermuten die Wissenschaftlerinnen und der Wissenschaftler. Beispielsweise, wenn erwartet wird, dass sie als Erste kommen und als Letzte gehen.

Einen starken Zusammenhang mit suchthhafter Arbeit haben schließlich Betriebsgröße und Mitbestimmung. In Großbetrieben ist suchthhaftes Arbeiten weniger verbreitet als in kleinen Betrieben. Bei weniger als zehn Beschäftigten

Ein Zehntel arbeitet suchthaft

So verteilen sich Arbeitseinstellung und Arbeitsmenge der Erwerbstätigen ...



Quelle: Van Berk u. a. 2022

Hans Böckler
Stiftung

fallen 12,3 Prozent in die Kategorie der suchthaft Arbeitenden, bei mehr als 250 Beschäftigten nur 8,3 Prozent. Dies könnte an einer stärkeren Regulierung liegen. Beschäftigte im Großunternehmen bekommen Schwierigkeiten mit der Personalabteilung, wenn das Arbeitszeitkonto überquillt. Ähnliche Unterschiede treten beim Vergleich von Betrieben mit und ohne Betriebsrat zutage: Mit Mitbestimmung arbeiten 8,7 Prozent der Beschäftigten suchthaft, ohne Betriebs-

rat 11,9 Prozent. Eine besondere Rolle dürften in diesem Kontext Betriebsvereinbarungen spielen – „ein wichtiges Instrument der betrieblichen Regulierung, welches exzessivem und zwanghaftem Arbeiten entgegenwirken kann“. <

Quelle: Beatrice van Berk, Christian Ebner, Daniela Rohrbach-Schmidt:
Wer hat nie richtig Feierabend? Eine Analyse zur Verbreitung von suchthafem Arbeiten in Deutschland, Zeitschrift Arbeit 3/2022, April 2022

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Sabrina Böckmann

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei

www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

INTEGRATION

Geflüchtete geben Impulse



Laut einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung macht die Anstellung Geflüchteter Unternehmen als Arbeitgeber attraktiver. Entsprechend äußerten sich vier Fünftel von 100 befragten Unternehmen, die seit 2015 insgesamt mehr als 4000 Geflüchtete eingestellt haben. Um Probleme wie mangelnde Sprachkenntnisse oder nicht anerkannte Qualifikationen zu lösen, haben die Unternehmen vielfältige staatliche und private Unterstützungsangebote in Anspruch genommen, 75 Prozent haben selbst Sprachkurse angeboten. Aus ihren Erfahrungen lasse sich für die Integration von ukrainischen Geflüchteten lernen, so die Forscher. <

Von den Betrieben, die seit 2015 Flüchtlinge eingestellt haben, berichten von einer Verbesserung bei der ...

Kreativität der Beschäftigten	61 %
Produktivität	57 %
Beschäftigungsdauer	56 %

Quelle: DIW, Mai 2022

AUTOMOBILINDUSTRIE

Elektromobilität auf dem Vormarsch

In Deutschland wurden so viele Pkw produziert mit ...
2021

Verbrennungsmotor	2 150 000
Elektromotor	330 000

2020

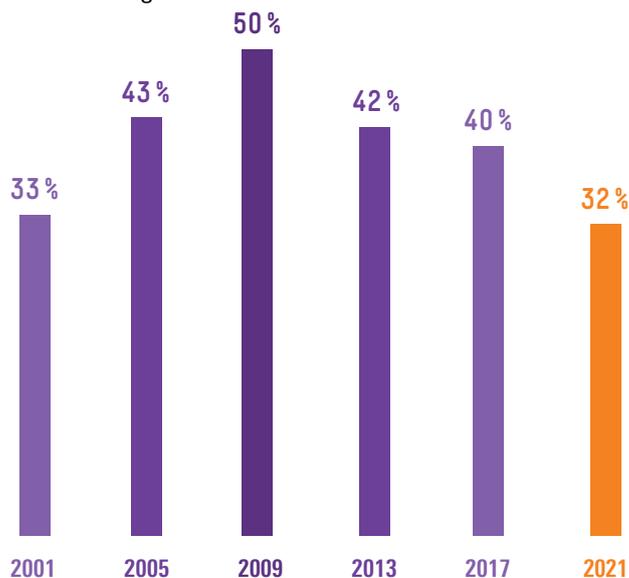
Verbrennungsmotor	2 810 000
Elektromotor	180 000

Quelle: Destatis, Mai 2022

BEFRISTETE BESCHÄFTIGUNG

Rückgang auf hohem Niveau

Befristet waren von den neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen ...



Quelle: IAB, Mai 2022

LOHNPOLITIK

Tariffindung stabilisiert sich

Nach einem jahrelang negativen Trend blieb der Anteil der Beschäftigten mit Branchentarifvertrag 2021 stabil, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung feststellt: 45 Prozent der westdeutschen und 34 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten arbeiteten in tarifgebundenen Betrieben. Gegenüber 2020 ist der Anteil im Westen gleich geblieben und im Osten um zwei Prozentpunkte gestiegen. <



Quelle: IAB, Mai 2022